

Auszug
aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde
Wasbek
vom 02.11.2016

9 . Windenergienutzung Handlungskonzept

Beschluss:

Der Antrag für die Beauftragung eines Fachanwaltsbüros wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 4
Enthaltung: 0

Herr Hollerbuhl führt in den Tagesordnungspunkt ein, berichtet kurz über den derzeitigen Sachstand, verweist auf die Erarbeitung von harten und weichen Tabukriterien für die Aufstellung des sachlichen Teilflächennutzungsplanes und schlägt die Einrichtung eines Arbeitskreises vor. Wenn gewünscht, kann die mit der Einladung übersandte Präsentation auch in digitaler Form und damit farbig übersandt werden. Der Ausschussvorsitzende erteilt Herrn Müller und Frau Teske das Wort. Frau Teske beginnt mit der Präsentation und beantwortet die Fragen aus dem Plenum. Sie weist auf die neuen Kriterien des Landes hin und betont, dass die Wasbeker Kriterien ähnlich, aber regional eigenständig sein müssen, um akzeptiert zu werden. Die Planerin fragt die Präsentationsunterpunkte einzeln ab, beantwortet die Fragen von Herrn Schwarz, Herrn Hollerbuhl und Herrn Dahmke, nennt Beispiele aus anderen Regionen und nimmt für die weitere Planung Hinweise entgegen. Der Pauschardt weist auf den damaligen Bürgerentscheid hin, worauf Frau Teske klarstellt, dass Eignungsflächen vorhanden sind und die Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplanes empfohlen wird. Die weiteren Nachfragen von Herrn Pauschardt werden von Frau Teske, Herrn Müller und Herrn Rohwer beantwortet. Letzterer weist nochmals darauf hin, dass keine Verhinderungsplanung stattfinden darf.

Im Rahmen des weiteren Vortrages werden von den Gemeindevertretern weitere Planungskriterien genannt, so der Flugplatz Neumünster, die Hochspannungsleitung, der Segelflugplatz und der Naturpark auf dem Gebiet der Gemeinde Aukrug, die unterirdische Gasleitung an der Autobahn und die Wildkorridore. Die Umzingelungswirkung und die Riegelbildung sollen ebenfalls in die Planung aufgenommen werden.

Weiterhin weisen Frau Teske und Herr Dahmke auf der Landeserlass vom 19.09.2016 für die „Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb des potentiellen Beeinträchtigungsbereiches und des Prüfbereiches bei einigen sensiblen Großvogelarten“ hin und bitten um Zuarbeit.

Herr Hollerbuhl dankt Frau Teske für den Vortrag und schlägt zusammen mit Herrn Dahmke die zeitnahe Bildung der Arbeitsgruppe vor um zusammen mit Frau Teske, Herrn Müller und auf Wunsch von Frau Teske mit einem Landschaftsplaner das Gemeindegebiet zu begehen.

Die Frage des Ausschussvorsitzenden nach dem weiteren Zeitplan wird von Frau Teske

mit der Bitte um Zuarbeit beantwortet, da nun die Kriterien -sammlung und -definition im Vordergrund steht. Herr Hollerbuhl fragt nach konkreten Vorschlägen zur Besetzung der Arbeitsgruppe.

Herr Pauschardt beantragt die Beauftragung eines Fachanwaltes, welcher mit juristischen Mitteln gegen die Nutzung von Windenergie auf dem Gemeindegebiet vorgehen soll. Er spricht sich gegen eine weitere Beteiligung der Verwaltung in diesem Verfahren und für den Ausschluss von der Beratung von Herrn Markus Kühl wegen Befangenheit aus.

Abschließend bittet der Ausschussvorsitzende bis Ende der 45. KW um Meldung an den Bürgermeister, hinsichtlich der Besetzung der Arbeitsgruppe. Herr Dahmke erklärt seine Bereitschaft zur Teilnahme.

beglaubigt:

(Krause)

Auszug
aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde
Wasbek
vom 02.11.2016

10 . Haushaltsplanung 2017, Erste Vorberatung

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes führt Herr Hollerbuhl in den Haushaltsplanentwurf 2017 ein und gibt einen Überblick. Die Nachfrage von Herrn Rohwer zu den zukünftigen Planungskosten Windenergie wird vom Ausschussvorsitzenden mit dem Hinweis auf die HHSt. 4.61000.96000 beantwortet. Von dort werden rd. 36.000,- € aus dem Jahr 2016 in das Jahr 2017 übertragen. Im Folgenden geht Herr Hollerbuhl den Haushaltsplanentwurf Seite für Seite durch, erläutert Besonderheiten und beantwortet zusammen mit dem Bürgermeister die Fragen der Gemeindevertreter. Es geht u. a. um den Beitrag zur Jugendmusikschule, die Leistungen für die Asylbewerber, die Gebäudeunterhaltung und die vom Kreis nun schon für 2017 geplante Erneuerung der Kreisstraße nach Krogaspe. Herr Pauschardt bemängelt die unzureichende Erklärung der schattierten Felder und sieht im Bereich der Straßenunterhaltung weiteren Handlungsbedarf. Auch Herr Dahmke spricht sich für stetige Investitionen in die Infrastruktur aus, um den guten Zustand zu erhalten. Zu diesem Thema äußern sich auch der Bürgermeister, Herr Mohr und Herr Schwarz. Hinsichtlich der Einnahmen aus den Benutzungsgebühren für die Abwasserbeseitigung im Gegensatz zu den Ausgaben regt Herr Rohwer die Überprüfung der Kubikmeterpreise an. Geklärt werden soll zur nächsten Sitzung auch die Diskrepanz zwischen den Einnahmen aus den Benutzungsgebühren (HHSt. 3.70000.11000.) und den Ausgaben in HHSt. 3.70000.67210.

Anmerkung der Verwaltung: Die Beitrags- und Gebührensatzung vom 19.12.2014 ist seit 01.01.2015 in Kraft. Hinsichtlich der Berechnungsmodalitäten (3 – Jahres – Zyklus) sollte die Satzung erst zum 01.01.2018 nach Prüfung durch das TBZ angepasst werden.

Wegen der Installation des vertraglich vorgeschriebenen Messgerätes wird sich der Bürgermeister mit Frau Schuhmacher und Herr Kühl vom TBZ verständigen, da bisher nur ein Angebot i. H. v. 33.000,- € vorliegt.

Nach einer Wortmeldung von Herrn Pauschardt werden die Kosten des Friedhofes rege diskutiert. Er schlägt eine Verringerung der Fläche um ein Drittel vor. Dazu merkt Herr Schwarz an, dass die Höhe der Verwaltungsgebühren sich dadurch nicht verringern wird.

Herr Hollerbuhl und Herr Rohwer verweisen auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die aktuell vorliegende Verwaltungsgebührenrechnung bis zu einer sachgerechten Klärung zunächst nicht bezahlt wird und spricht eine Kostenbeteiligung der anderen Nutzergemeinden an.

Die Frage von Herrn Pauschardt zur Existenz eines Besprechungsprotokolls des Haushaltsgespräches wird von Herrn Hollerbuhl mit Hinweis auf die übersandte Vorlage verneint.

In der nächsten Dorfzeitung wird Herr Rohloff nochmals auf die Möglichkeit der Bestattung im Urnengemeinschaftsgrab hinweisen.

Bei der HHSt. 3.76000.41600 – Beschäftigungsentgelte möchte der Bürgermeister den Ansatz auf 15.000,- € erhöhen, die Begründung erfolgt im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung. Die Nachfragen von Herrn Schwarz werden vom Bürgermeister beantwortet. Herr Rohwer bittet die Verwaltung um Mitteilung der aktuellen Einwohnerzahlen (per 15.03.2016)

Der Ausschussvorsitzende erläutert zum Verwaltungshaushalt abschließend die Nachberechnungen bei den **Steuern und allgemeinen Zuweisungen**.

Dato geht er von folgenden geänderten Ansätzen aus:

HHSt.	Bezeichnung	Ansatz 2017 in €
3.90000.04100	... Schlüsselzuweisungen	108.000,-
3.90000.83200	... Kreisumlage	769.300,-
3.90000.83340	... Kindergartenumlage an Schulv.	350.000,-

Daraus ergibt sich bei der **sonstigen allgemeinen Finanzwirtschaft**:

HHSt.	Bezeichnung	Ansatz 2017 in €
3.91000.28000	... Zuführung vom VermögensHH	111.000,-

Beim Vermögenshaushalt werden die Nachfragen von Herrn Schwarz von Herrn Hollerbuhl beantwortet.

Die Frage zu den Wanderwegen wird vom Bürgermeister mit Hinweis auf die HHSt. 3.58000.51040 beantwortet. Hier ist ein neuer Ansatz i. H. v. 5.000,- € eingeplant.

beglaubigt:

(Krause)